

GIESELA RÜHL

Obliegenheiten  
im Versicherungs-  
vertragsrecht

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

123

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

123

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann





Giesela Rühl

# Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht

Auf dem Weg zum  
Europäischen Binnenmarkt  
für Versicherungen

Mohr Siebeck

*Giesela Rühl*, geboren 1974; 1993–98 Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bonn und der Université de Lausanne (Schweiz); seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg; 2000–01 Master of Laws an der University of California, Berkely (USA); seit 2002 Referendarin am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg; 2003 Promotion an der Universität Hamburg.

978-3-16-158387-2 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148295-6

ISSN 0720-1147 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2003/2004 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Sie ist während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht entstanden und wurde durch ein Promotionsstipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes gefördert. Die Drucklegung wurde vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. unterstützt. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Juli 2003 berücksichtigt werden.

Viele Menschen haben zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Bei ihnen allen möchte ich mich aus tiefem Herzen bedanken. An erster Stelle zu nennen ist mein akademischer Lehrer, Herr *Prof. Dr. Jürgen Basedow*. Er hat das Thema angeregt und die Entstehung der Arbeit in jeder nur erdenklichen Art und Weise gefördert. Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützten und mittlerweile veröffentlichten Projekts „Europäisches Versicherungsvertragsrecht“ gab er mir die Gelegenheit, mich umfassend mit dem englischen Versicherungsvertragsrecht auseinanderzusetzen. Darüber hinaus eröffnete er mir die Möglichkeit, an den Tagungen der „Restatement Group European Insurance Contract Law“ teilzunehmen und auf diese Weise die Diskussion um die Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts in Europa mitzuverfolgen. Frau *Prof. Dr. Maximiliane Kriechbaum* bin ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sehr verbunden.

Dank gebührt daneben den zahlreichen Freunden und Kollegen, die mich in den letzten Jahren unterstützt haben. Zu nennen sind allen voran Herr *Dr. Jens Scherpe* und Herr *Jochen Scheuer*. Beide haben mir in zahlreichen Diskussionen zur Seite gestanden und wertvolle Anregungen, insbesondere zur Frage der Ausgestaltung der Obliegenheiten in einem europäischen Versicherungsvertragsrecht gegeben. Meine Schwester Frau *Dr. Christiane Rühl* sowie Herr *Rudolf Hömberg* und Frau *Ina-Maria Lindenberg* haben die Arbeit gelesen und durch kritische Anmerkungen wesentlich bereichert. Frau *Ingeborg Stahl* hat das Manuskript bis zur Drucklegung betreut und mir damit einen aussichtslosen Kampf mit der Textverarbeitung erspart.

Dank schulde ich nicht zuletzt meinen Eltern, Herrn Hartmut Rühl und Frau Helga Rühl. Ohne ihre Unterstützung und Förderung wären mir weder Studium noch Promotion möglich gewesen. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, November 2003

*Giesela Rühl*



## Inhaltsübersicht

Einleitung.....	1
Erster Teil: Grundlagen .....	15
1. Kapitel: Versicherungsvertragsrecht in England.....	15
2. Kapitel: Versicherungsvertragsrecht in Deutschland .....	31
Zweiter Teil: Abschluss des Versicherungsvertrags.....	37
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	37
2. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	91
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	105
Dritter Teil: Durchführung des Versicherungsvertrags .....	141
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	141
2. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	213
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	231
Vierter Teil: Eintritt des Versicherungsfalls.....	249
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	249
2. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	268
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	273
Fünfter Teil: Abwicklung des Versicherungsfalls .....	285
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	285
2. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	337
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	352
Zusammenfassung .....	371



# Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i> .....	1
A. Anlass der Untersuchung .....	2
I. Entwicklung des Versicherungsbinnenmarktes .....	3
II. Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes .....	6
1. Befund.....	6
2. Ursachen.....	6
3. Perspektiven.....	8
B. Gegenstand und Ziel der Untersuchung .....	11
C. Gang der Untersuchung.....	12
<i>Erster Teil: Grundlagen</i> .....	15
1. Kapitel: Versicherungsvertragsrecht in England.....	15
A. Grundlagen des Versicherungsvertragsrechts .....	16
B. Selbstverpflichtung der Versicherungswirtschaft .....	17
I. Statements of Insurance Practice .....	18
II. Codes of Practice .....	20
C. Außergerichtliche Streitbeilegung in Versicherungssachen.....	23
I. Insurance Ombudsman Bureau.....	23
II. Personal Insurance Arbitration Services.....	25
III. Personal Investment Authority Ombudsman Bureau .....	25
IV. Financial Ombudsman Service .....	27
D. Reform des Versicherungsvertragsrechts .....	28
I. Bericht und Vorschläge der Law Commission .....	28
II. Bericht und Vorschläge des National Consumer Council .....	30
2. Kapitel: Versicherungsvertragsrecht in Deutschland .....	31
A. Grundlagen des Versicherungsvertragsrechts .....	31
B. Selbstverpflichtung der Versicherungswirtschaft .....	33
C. Außergerichtliche Streitbeilegung in Versicherungssachen.....	33
D. Reform des Versicherungsvertragsrechts .....	35
<i>Zweiter Teil: Abschluss des Versicherungsvertrags</i> .....	37
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	37

A. Anzeige bestimmter Umstände .....	37
I. England .....	37
1. Gegenstand .....	40
a) Erhebliche Umstände .....	40
aa) Prudent-insurer-test .....	40
bb) Awareness-test .....	42
b) Bekannte Umstände .....	44
aa) Kenntnis des Versicherungsnehmers .....	44
bb) Kenntnis des Vertreters .....	45
2. Umfang .....	46
3. Form .....	51
4. Frist .....	51
5. Verletzung .....	52
6. Verschulden .....	54
a) Common Law .....	54
b) Statements of Insurance Practice und Insurance Ombudsman Bureau .....	56
7. Kausalität .....	56
a) Kausalität zwischen Verletzung und Vertragsschluss .....	57
b) Kausalität zwischen Verletzung und Versicherungsfall .....	59
8. Rechtsfolgen .....	60
a) Common Law .....	60
aa) Auflösung des Versicherungsvertrags .....	60
bb) Schadensersatz .....	63
b) Insurance Ombudsman Bureau .....	64
II. Deutschland .....	65
1. Gegenstand .....	66
a) Erhebliche Umstände .....	66
b) Bekannte Umstände .....	67
aa) Kenntnis des Versicherungsnehmers .....	68
bb) Kenntnis des Vertreters .....	68
2. Umfang .....	69
3. Form .....	71
4. Frist .....	72
5. Verletzung .....	73
6. Verschulden .....	74
7. Kausalität .....	75
8. Rechtsfolgen .....	76
a) Rechtsfolgen bei verschuldeter Verletzung .....	76
b) Rechtsfolgen bei schuldloser Verletzung .....	78
B. Unterlassen falscher Erklärungen .....	79
I. England .....	79

1. Gegenstand.....	80
2. Verletzung.....	80
3. Verschulden.....	83
4. Kausalität.....	84
5. Rechtsfolgen.....	85
a) Auflösung des Versicherungsvertrags.....	85
b) Schadensersatz.....	86
II. Deutschland.....	86
1. Gegenstand.....	87
2. Verletzung.....	87
3. Verschulden.....	89
4. Kausalität.....	89
5. Rechtsfolgen.....	90
2. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	91
A. Anzeige bestimmter Umstände.....	91
I. Gegenstand.....	91
1. Erhebliche Umstände.....	91
2. Bekannte Umstände.....	93
a) Kenntnis des Versicherungsnehmers.....	93
b) Kenntnis des Vertreters.....	94
II. Umfang.....	95
III. Form.....	96
IV. Frist.....	97
V. Verletzung.....	97
VI. Verschulden.....	98
VII. Kausalität.....	98
1. Kausalität zwischen Verletzung und Vertragsschluss.....	98
2. Kausalität zwischen Verletzung und Versicherungsfall.....	99
VIII. Rechtsfolgen.....	99
1. Rechtsfolgen bei verschuldeter Verletzung.....	99
2. Rechtsfolgen bei schuldloser Verletzung.....	101
B. Unterlassen falscher Erklärungen.....	101
I. Gegenstand.....	102
II. Verletzung.....	102
III. Verschulden.....	103
IV. Kausalität.....	103
V. Rechtsfolgen.....	104
C. Zusammenfassung.....	104
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	105
A. Anzeige bestimmter Umstände.....	105
I. Gegenstand.....	106

1. Erhebliche Umstände .....	106
2. Bekannte Umstände .....	109
a) Kenntnis des Versicherungsnehmers.....	109
b) Kenntnis des Vertreters .....	111
II. Umfang .....	112
III. Form.....	114
IV. Frist.....	117
V. Verschulden .....	117
VI. Kausalität .....	120
1. Kausalität zwischen Verletzung und Vertragsschluss.....	120
2. Kausalität zwischen Verletzung und Versicherungsfall .....	122
VII. Rechtsfolgen .....	126
1. Rechtsfolgen bei verschuldeter Verletzung .....	126
2. Rechtsfolgen bei schuldloser Verletzung .....	134
B. Unterlassen falscher Erklärungen.....	135
C. Zusammenfassung.....	136
<i>Dritter Teil: Durchführung des Versicherungsvertrags</i> .....	141
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	141
A. Vermeidung von Gefahrerhöhungen .....	142
I. England.....	142
II. Deutschland .....	143
1. Gegenstand.....	143
2. Verschulden .....	146
3. Kausalität .....	146
4. Rechtsfolgen.....	147
a) Auflösung des Versicherungsvertrags .....	147
b) Befreiung von der Leistungspflicht.....	147
B. Anzeige bestimmter Umstände .....	148
I. Änderung des Versicherungsvertrags .....	148
1. England .....	149
a) Entstehung.....	150
b) Gegenstand .....	151
c) Form und Frist.....	152
d) Verschulden.....	152
e) Kausalität.....	153
f) Rechtsfolgen.....	154
2. Deutschland.....	155
a) Entstehung.....	156
b) Gegenstand .....	156
c) Form und Frist.....	157

d) Verschulden.....	157
e) Kausalität.....	158
f) Rechtsfolgen.....	158
II. Änderung der Gefahrenlage.....	159
1. England.....	159
a) Entstehung.....	161
b) Gegenstand.....	162
c) Form und Frist.....	162
d) Verschulden und Kausalität.....	163
e) Rechtsfolgen.....	164
2. Deutschland.....	164
a) Entstehung.....	164
b) Gegenstand.....	165
c) Form und Frist.....	166
d) Verschulden und Kausalität.....	167
e) Rechtsfolge.....	168
C. Sonstiges.....	169
I. England.....	169
1. Warranties.....	170
a) Begriff.....	170
b) Begründung.....	171
aa) Implied Warranties.....	171
bb) Express Warranties.....	172
(1) Versicherungsvertrag.....	172
(2) Antragsformular.....	175
(a) Common Law.....	175
(b) Statements of Insurance Practice.....	177
c) Abgrenzung.....	177
d) Gegenstand.....	180
aa) Erheblichkeit.....	180
bb) Unfair Terms in Consumer Contracts Regulations 1999.....	182
e) Umfang.....	183
f) Verletzung.....	185
g) Verschulden.....	187
h) Kausalität.....	187
aa) Common Law.....	187
bb) Statements of Insurance Practice.....	188
i) Rechtsfolgen.....	190
aa) Seeversicherungsverträge.....	190
bb) Sonstige Versicherungsverträge.....	194
2. Conditions.....	196
a) Begriff.....	196

aa) Allgemeines Vertragsrecht.....	196
bb) Versicherungsvertragsrecht.....	197
b) Gegenstand.....	199
c) Verschulden und Kausalität .....	199
d) Rechtsfolgen.....	200
3. Innominate Terms .....	200
II. Deutschland .....	202
1. Begründung.....	202
2. Abgrenzung.....	203
3. Gegenstand.....	205
4. Umfang.....	206
5. Verletzung.....	207
6. Verschulden .....	208
7. Kausalität .....	209
8. Rechtsfolgen.....	210
a) Auflösung des Versicherungsvertrags.....	210
b) Befreiung von der Leistungspflicht .....	210
aa) § 6 Abs. 1 S. 1 VVG .....	210
bb) § 242 BGB .....	212
2. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	213
A. Vermeidung von Gefahrerhöhungen.....	214
I. Gegenstand .....	214
II. Verschulden .....	214
III. Kausalität .....	215
IV. Rechtsfolgen .....	216
B. Anzeige bestimmter Umstände .....	216
I. Änderung des Versicherungsvertrags .....	216
1. Entstehung.....	217
2. Gegenstand.....	217
3. Verschulden .....	218
4. Kausalität .....	218
5. Rechtsfolgen.....	219
II. Änderung der Gefahrenlage.....	219
1. Entstehung.....	220
2. Gegenstand.....	220
3. Form und Frist.....	221
4. Verschulden .....	221
5. Kausalität .....	221
6. Rechtsfolgen.....	222
C. Sonstiges .....	222
I. Begründung.....	223
II. Abgrenzung.....	224

III. Gegenstand .....	225
IV. Umfang .....	227
V. Verletzung .....	227
VI. Verschulden .....	227
VII. Kausalität .....	228
VIII. Rechtsfolgen .....	229
1. Auflösung des Versicherungsvertrags.....	229
2. Befreiung von der Leistungspflicht.....	229
D. Zusammenfassung.....	230
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	231
A. Vermeidung von Gefahrerhöhungen.....	231
B. Anzeige bestimmter Umstände .....	233
I. Änderung des Versicherungsvertrags .....	233
II. Änderung der Gefahrenlage.....	234
1. Entstehung.....	235
2. Gegenstand.....	236
3. Form und Frist.....	237
4. Verschulden .....	238
5. Kausalität .....	238
6. Rechtsfolgen.....	239
C. Sonstiges .....	240
I. Begründung.....	240
II. Gegenstand .....	241
III. Abgrenzung.....	242
IV. Verletzung .....	243
V. Verschulden .....	244
VI. Kausalität .....	244
VII. Rechtsfolgen .....	245
D. Zusammenfassung.....	245
<i>Vierter Teil: Eintritt des Versicherungsfalls .....</i>	<i>249</i>
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	249
A. Abwendung von Schäden.....	249
I. England.....	249
1. Entstehung.....	250
2. Gegenstand.....	251
3. Verschulden und Kausalität .....	252
4. Rechtsfolgen.....	254
a) Befreiung von der Leistungspflicht .....	254
b) Kostenerstattung.....	254

aa) Voraussetzungen der Kostenerstattung.....	256
bb) Umfang der Kostenerstattung .....	257
II. Deutschland .....	258
1. Entstehung.....	258
2. Gegenstand.....	260
3. Verschulden und Kausalität .....	261
4. Rechtsfolgen.....	263
a) Befreiung von der Leistungspflicht.....	263
b) Kostenerstattung.....	264
aa) Voraussetzungen der Kostenerstattung.....	264
bb) Umfang der Kostenerstattung .....	265
B. Minderung von Schäden.....	266
I. England.....	266
II. Deutschland .....	268
2. Kapitel: Rechtsvergleichende Betrachtung.....	268
A. Abwendung von Schäden.....	268
I. Entstehung .....	269
II. Gegenstand .....	269
III. Verschulden .....	270
IV. Kausalität.....	270
V. Rechtsfolgen .....	271
1. Befreiung von der Leistungspflicht.....	271
2. Kostenerstattung.....	271
B. Minderung von Schäden.....	272
C. Zusammenfassung.....	273
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	273
A. Abwendung von Schäden.....	274
I. Entstehung .....	274
II. Gegenstand .....	275
III. Verschulden .....	276
IV. Kausalität.....	277
V. Rechtsfolgen .....	278
1. Schadensersatz .....	278
2. Kostenerstattung.....	279
a) Voraussetzungen der Kostenerstattung .....	280
b) Umfang der Kostenerstattung.....	281
B. Minderung von Schäden.....	282
C. Zusammenfassung.....	282

<i>Fünfter Teil: Abwicklung des Versicherungsfalls</i> .....	285
1. Kapitel: Obliegenheiten in England und Deutschland.....	285
A. Anzeige des Versicherungsfalls .....	285
I. England.....	285
1. Entstehung.....	286
2. Gegenstand.....	287
3. Form.....	288
4. Frist .....	289
5. Verschulden .....	290
6. Kausalität .....	292
7. Rechtsfolgen.....	293
II. Deutschland .....	295
1. Entstehung.....	295
2. Gegenstand.....	297
3. Form.....	297
4. Frist .....	298
5. Verschulden .....	299
6. Kausalität .....	299
7. Rechtsfolgen.....	301
B. Erteilung von Auskünften .....	302
I. England.....	302
1. Entstehung.....	303
2. Gegenstand.....	304
3. Umfang.....	305
4. Form und Frist.....	306
5. Verschulden und Kausalität .....	307
6. Rechtsfolgen.....	307
II. Deutschland .....	308
1. Entstehung.....	308
2. Gegenstand.....	310
3. Umfang.....	311
4. Form und Frist.....	311
5. Verschulden und Kausalität .....	312
6. Rechtsfolgen.....	313
C. Vorlage von Unterlagen .....	314
I. England.....	314
1. Entstehung.....	314
2. Gegenstand.....	315
3. Umfang.....	316
4. Frist .....	316
5. Verschulden und Kausalität .....	316
6. Rechtsfolgen.....	317

II.	Deutschland .....	318
1.	Entstehung .....	318
2.	Gegenstand .....	319
3.	Umfang .....	320
4.	Frist .....	320
5.	Verschulden und Kausalität .....	320
6.	Rechtsfolgen .....	321
D.	Unterlassen arglistiger Täuschung .....	321
I.	England .....	322
1.	Gegenstand .....	323
2.	Rechtsfolgen .....	325
a)	Auflösung des Versicherungsvertrags .....	325
b)	Schadensersatz .....	327
II.	Deutschland .....	327
1.	Gegenstand .....	328
2.	Rechtsfolgen .....	329
a)	Leistungsfreiheit .....	329
b)	Schadensersatz .....	331
E.	Sonstiges .....	331
I.	England .....	332
II.	Deutschland .....	332
1.	Gegenstand .....	332
2.	Verschulden .....	333
3.	Kausalität .....	334
4.	Rechtsfolgen .....	336
a)	§ 6 Abs. 3 VVG .....	336
b)	§ 242 BGB .....	336
2. Kapitel:	Rechtsvergleichende Betrachtung .....	337
A.	Anzeige des Versicherungsfalls .....	337
I.	Entstehung .....	338
II.	Gegenstand .....	338
III.	Form .....	338
IV.	Frist .....	339
1.	Fristlänge .....	339
2.	Fristbeginn .....	340
V.	Verschulden .....	340
VI.	Kausalität .....	341
VII.	Rechtsfolgen .....	342
B.	Erteilung von Auskünften .....	343
I.	Entstehung .....	344
II.	Gegenstand .....	345
III.	Umfang .....	345

IV. Form und Frist .....	346
V. Verschulden .....	346
VI. Kausalität .....	347
VII. Rechtsfolgen .....	347
C. Vorlage von Unterlagen .....	348
D. Unterlassen arglistiger Täuschungen.....	348
I. Gegenstand .....	349
II. Rechtsfolgen .....	350
E. Sonstiges .....	351
F. Zusammenfassung.....	351
3. Kapitel: Empfehlungen für Europa.....	352
A. Anzeige des Versicherungsfalls .....	352
I. Entstehung .....	353
II. Gegenstand .....	354
III. Form.....	354
IV. Frist.....	354
V. Verschulden .....	356
VI. Kausalität .....	358
VII. Rechtsfolgen .....	359
B. Erteilung von Auskünften .....	361
I. Entstehung .....	362
II. Gegenstand .....	363
III. Umfang .....	364
IV. Form und Frist .....	365
V. Verschulden und Kausalität.....	365
VI. Rechtsfolgen .....	366
C. Vorlage von Unterlagen .....	366
D. Unterlassen vorsätzlicher Täuschungen .....	367
E. Sonstiges .....	368
F. Zusammenfassung.....	368
<i>Zusammenfassung</i> .....	371
A. Obliegenheiten in England und Deutschland .....	371
B. Empfehlungen für Europa .....	372



## Abkürzungsverzeichnis

ABI	Association of British Insurers
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABl. EWG	Amtsblatt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Abs.	Absatz
A.C.	Law Reports, Appeal Cases (ab 1891)
Ad. & El.	Adolphus & Ellis Reports (1834-1840)
a.E.	am Ende
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
All. E.R.	All England Law Reports (ab 1936)
Anglo-Am.L.Rev	Anglo-American Law Review
App.Cas.	Law Reports, Appeal Cases (1875-1890)
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
B. & Ald.	Barnewall & Alderson's Reports, Kings Bench (1817-1822)
BB	Der Betriebs-Berater
B. & C.	Barnewall & Cresswell's Reports, Kings Bench (1822-1830)
Beav	Beaven's Reports, Rolls court (1838-1866)
B. & G.	Brownlow & Goldsborough Reports (1569-1624)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
B.I.L.A.	British Insurance Law Association
Bing	Bingham's Reports, Common Pleas (1822-1834)
Bing NC	Bingham's New Cases, Common Pleas (1834-1840)
Bond.L.Rev.	Bond Law Review
Bos. & PNR	Bosanquet & Puller's New Reports Common Pleas (1804-1807)
B. & S	Best & Smith's Reports, Queen's Bench (1861-1870)
BSOS	Building Societies Ombudsman Scheme
Burr.	Burrow's Reports, King's Bench (1756-1772)
c.	Chapter
C.A.	Court of Appeals
Cab. & El.	Cababé & Ellis's Reports, Queen's Bench Division (1882 -1885)
Cambridge L.J.	The Cambridge Law Journal
Camp.	Campbell's Reports, Nisi Prius, (1807-1816)
Can.Bus.L.J.	Canadian Business Law Journal
Car. & M.	Carrington & Marshman's Reports, Nisi Prius Reports (1841-1842)
C.B.	Common Bench Reports (1845-1856)
C.F.I.L.R.	The Company Financial and Insolvency Law Review
Ch.	Law Reports, Chancery Division (ab 1890)
Ch.D.	Law Reports, Chancery Division (1875-1890)
Ch.App.	The Law Reports, Chancery Appeal Cases (1865-1875)
C.J.Q.	Civil Justice Quarterly
C.L.R.	Common Law Reports (1853-1855)

C.M.L.Rev.	Common Market Law Review
Columbia L.R.	Columbia Law Review
Com.Cas.	Commercial Cases (1895-1941)
Conn.L.Rev.	Connecticut Law Review
Conn.Ins.L.J.	Connecticut Insurance Law Journal
Cowp.	Cowper's Reports, King's Bench (1774-1778)
C.P.	Law Reports, Common Pleas Cases (1865-1875)
Cr. & M.	Crompton & Meeson's Reports, Exchequer (1832-1834)
Cr.M. & R.	Crompton, Meeson & Roscoe's Reports, Exchequer (1834-1835)
De. GM. & G.	De Gex, Macnaghten & Gordon's Reports, Chancery (1851-1857)
De. GJ. & Sm.	De Gex, Jones and Smith's Reports, Chancery (1862-1865)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DISP	Dispute Resolution: Complaints
Dougl. El. Cas.	Douglas' Election Cases (1774-1776)
Dow	Dow's Reports, House of Lords (1827-1832)
Doug K.B.	Douglas' Reports, King's Bench (1778-1785)
DTI	Department of Trade and Industry
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
East	East's Reports, King's Bench (1800-1812)
EG	Europäisches Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
El. & Bl.	Ellis & Blackburn's Reports, Queen's Bench (1852-1858)
El. & El.	Ellis & Ellis Reports, Queen's Bench (1858-1861)
Eq.	Equity Reports (1835-1855)
E.R.	English Reports (1220-1865)
ERPL	European Review of Private Law
Esp.	Espinasse's Reports, Nisi Prius (1793-1807)
EU	Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
Exch.	Law Reports, Exchequer Cases (1865-1875)
	Law Reports, Exchequer Division (1875-1880)
f.	folgend
ff.	folgende
F. & F.	Foster & Finlason's Reports, Nisi Prius (1856-1867)
FIMBRA	Finance Intermediaries Managers and Brokers Regulatory Authority
FOS	Financial Ombudsman Service
FS	Festschrift
FSA	Financial Services Authority
GISC	General Insurance Standards Council
Gr.	Upper Canada Chancery (Grant) (1849-1882)
Hard.	Hardres' Reports, Exchequer (1655-1669)
Hare.	Hare's Reports, Chancery (1841-1853)
HL Cas.	Clark's Reports, House of Lord (1847-1866)
H. & N.	Hurlstone & Norman's Reports, Exchequer (1856-1862)
Holt, Eq.	Holt's Equity Reports (1845)
Holt, KB	Holt's King's Bench Reports (1688-1710)
Holt, NP	Holt's English Nisi Prius Reports (1815-1817)
Hy. Bl.	Henry Blackstone's Reports, Common Pleas (1788-1796)

I.B.F.L.	International Banking and Financial Law
IBRA	Insurance Brokers Registration Act
IBRC	Insurance Brokers Registration Council
I.C.L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
I.J.I.L.	The International Journal of Insurance Law
IMRO	Investment Management Regulatory Organisation
Ins.L.J.	Insurance Law Journal
Ins.L.P.	Insurance Law & Practice
Int.Bank.L.	International Banking Law
Int.I.L.R.	International Insurance Law Review
Int.J.Ins.L.	International Journal of Insurance Law
IOB	Insurance Ombudsman Bureau
J.B.L.	Journal of Business Law
J.C.L.	Journal of Comparative Legislation
J.C.P.	Journal of Consumer Policy
J.I.I.	Journal of International Insurance
J.Leg.Stud.	Journal of Legal Studies
J.L.S.	Journal of the Law Society of Scotland
J.M.L.C.	Journal of Maritime Law and Commerce
Jo. & Car.	Jones & Carey's Reports, Exchequer (Ireland) (1839 -1839)
JR	Juristische Rundschau
JRPV	Juristische Rundschau für die Privatversicherung
JW	Juristische Wochenschrift
K.B.	Law Reports, King's Bench Division (1900-1952)
KG	Kammergericht
KOM	Kommission (Dokumente)
LAUTRO	Life Assurance and Unit Trust Regulatory Organisation
LAW COM.	Law Commission Reports
L.Contemp.Probl.	Law and Contemporary Problems
L.J. Ch.	Law Journal, Chancery (1831-1946)
LI.L.R.	Lloyd's List Law Report (bis 1950)
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Report (ab 1951)
L.M.C.L.Q.	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly (ab 1874)
L.Q.R.	Law Quarterly Review (ab 1885)
L.R.C.P.	Law Reports, Common Pleas Cases (1865-1875)
L.R. Ir.	Law Reports (Ireland) (1878-1893)
L.R.P.C.	Law Reports, Privy Council Cases (1865-1875)
L.R.Q.B.	Law Reports, Queen's Bench (1865-1875)
L.T.	Law Times Reports (1859-1947)
Mac. & G.	Macnaghten & Gordon's Reports, Chancery (1849-1852)
Man. & G.	Manning & Granger's Reports, Common Pleas (1840-1845)
M. & G.	Macnaghten & Gordon's Reports, Chancery (1849-1865)
M.I.A.	Marine Insurance Act 1906
M.I.B.	Motor Insurer's Bureau
M.I.B.I.	Motor Insurer's Bureau of Ireland
M.L.R.	Modern Law Review
M. & M.	Moody & Malkin's Reports, Nisi Prius (1826-1830)
Moo. & M.	Moody & Malkin's Reports, Nisi Prius (1826-1830)
Moo. PCC	Moore's Privy Council Cases (1836-1862)
Moo. & R	Moody and Robinson's Reports, Nisi Prius (1830-1844)
M. & W.	Meeson & Welsby's Reports, Exchequer (1836-1847)
N.I.L.Q.	North Ireland Legal Quarterly

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungsreport
N.L.J.	New Law Journal
Nr.	Nummer
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht
N.Z.L.R.	New Zealand Law Reports (ab 1883)
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
Ox.J.L.S.	Oxford Journal of Legal Studies
P.	Probate Division
para.	paragraph
Peake Add.Cas.	Peake's Additional Cases, Nisi Prius (1795-1812)
P.C.	Privy Council Cases (1865-1875)
PIA	Personal Investment Authority
PIAS	Personal Insurance Arbitration Service
R.	The Reports (1893-1895)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rn.	Randnummer
Rs	Rechtssache
RuS	Recht und Schaden
Q.B.	Law Reports, Queen's Bench Division (1891-1901, ab 1952)
Q.B.D.	Law Reports, Queen's Bench Division (1875-1890)
OBO	Office of the Banking Ombudsman
Qd. R.	Queensland Reports (ab 1958)
Ox.J.Leg.Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
S.	Satz
S.C.	Court of Session Cases (Scotland) (ab 1821)
Scott	Scott's Reports, Common Pleas (1834-1840)
Scott, NR	Scott's New Reports, Common Pleas (1840-1845)
S.C.R.	South Carolina Reports
	Supreme Court Reports (Can.)
SFA	Securities and Futures Authority
SIB	Security and Investment Board
S.J.	Solicitors' Journal
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
Slg.	Sammlung
S.L.T.	Scots Law Times Reports (ab 1893)
Stra.	Strange's Report, English Courts (1717-1747)
SRO	Self-Regulating Organisation
Taunt.	Taunton's English Common Pleas Reports (1807-1819)
T.L.R.	The Times Law Report (1884-1952)
T.R.	Terms Reports (1785-1800)
U.C.Q.B.	Upper Canada Reports, Queens Bench (1844-1881)
UNIDROIT	International Institute für the Unification of Private Law
Urt. v.	Urteil vom
VersArch	Versicherungswissenschaftliches Archiv
VersR	Versicherungsrecht
VersRdsch.	Die Versicherungsrundschau
Ves.	Vesey Jun's Reports, Chancery (1812-1814)
VP	Die Versicherungspraxis
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Versicherungswirtschaft

W.L.R.	Weekly Law Reports
W.P.	Working Paper
W.R.	Weekly Reporter
WuR	Wirtschaft und Recht in der Versicherung
Yale L.J.	Yale Law Journal
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft



## Einleitung

Die Obliegenheiten des Versicherungsnehmers gehören in jeder Rechtsordnung zum Herzstück des Versicherungsvertragsrechts. Sie entscheiden darüber, was der Versicherungsnehmer zu tun oder zu unterlassen hat, welche Umstände anzuzeigen, welche Auskünfte zu erteilen, welche Unterlagen vorzulegen sind, damit der Versicherer im Versicherungsfall zur Leistung verpflichtet ist. Wegen der erheblichen Bedeutung, die den Obliegenheiten des Versicherungsnehmers deshalb zukommt, unterscheidet sich ihre Ausgestaltung von Rechtsordnung zu Rechtsordnung. Die Unterschiede sind dabei – schenkt man Stimmen in der Literatur Glauben – besonders erheblich im Verhältnis zwischen dem deutschen und dem englischen Recht<sup>1</sup>: Eine Untersuchung der Obliegenheiten, die dem Versicherungsnehmer nach englischem Recht auferlegt werden, und ein Vergleich mit den entsprechenden Pflichten des deutschen Rechts diene, so wird immer wieder betont, „nur der Feststellung der erheblichen Differenzen“<sup>2</sup> und der „Aufzeigung der bestehenden interessanten Kontraste“<sup>3</sup>. Da in den siebziger und achtziger Jahren unternommene Versuche, das Versicherungsvertragsrecht in Europa zu harmonisieren, unter anderem an der angeblich unterschiedlichen Ausgestaltung der Obliegenheiten in England und auf dem Kontinent scheiterten, unterzieht die vorliegende Arbeit die Obliegenheiten des Versicherungsnehmers einer auf England und Deutschland zugespitzten rechtsvergleichenden Untersuchung und unterbreitet darauf aufbauend Vorschläge für ihre Ausgestaltung in einem harmonisierten europäischen Versicherungsvertragsrecht.

---

<sup>1</sup> Siehe *Beckmann*, ZEuP 1999, 809 (820); *Hübner*, ZVersWiss 71 (1982) 221 (244-245); *Hübner/Matusche-Beckmann*, EuZW 1995, 263 (263); *Matusche-Beckmann*, ERPL 4 (1996), 201 (203-204); *Mewes*, Internationales Versicherungsvertragsrecht 5-10; *Prölss/Armbrüster*, DZWIR 1993, 449 (451); *Staats*, ZVersWiss 63 (1974), 489 (597); *Weigel*, VW 1981, 1165 (1174-1175); *Werber*, Gefahrerhöhung 122.

<sup>2</sup> *Staats*, ZVersWiss 63 (1974), 489 (597).

<sup>3</sup> *Werber*, Gefahrerhöhung 122.

## A. Anlass der Untersuchung

Seit Anfang der sechziger Jahre ist die Europäische Gemeinschaft um die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes<sup>4</sup> für das Versicherungswesen bemüht<sup>5</sup>. Bereits 1961 fasste die Europäische Kommission in ihren Allgemeinen Programmen zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit die Koordinierung des Versicherungsaufsichtsrechts und des Versicherungsvertragsrechts ins Auge<sup>6</sup>. Die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes stieß jedoch im Bereich der Versicherungswirtschaft auf besonders große Schwierigkeiten<sup>7</sup>: Unterschiedliche ordnungspolitische Konzepte der Mitgliedstaaten, insbesondere im Hinblick auf Inhalt und Umfang der Versicherungsaufsicht sowie des Versicherungsnehmerschutzes, die Besonderheit des Produktes Versicherungsschutz, blockierten jahrelang die Bemühungen um eine Harmonisierung des Versicherungsrechts. Trotz intensiver Bemühungen stand die Gemeinschaft deshalb am Ende der ursprünglich vorgesehenen Frist für die Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes am 31. Dezember 1969 mit leeren Händen da.

### I. Entwicklung des Versicherungsbinnenmarktes

Erst Anfang der siebziger Jahre kam die Entwicklung des Versicherungsbinnenmarktes<sup>8</sup> langsam in Gang. Sie konzentrierte sich in erster Linie auf die

---

<sup>4</sup> Im Gegensatz zum „Binnenmarkt“ (Art. 7a EGV) fehlt im EG-Vertrag eine genaue Definition des Begriffs „Gemeinsamer Markt“. Unklar ist deshalb, in welchem Verhältnis „Binnenmarkt“ und „Gemeinsamer Markt“ zueinander stehen. Siehe zum Begriff des „Gemeinsamen Marktes“ und zur Abgrenzung vom Begriff des „Binnenmarktes“ *Schubert*, *Der Gemeinsame Markt* 134-146. Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass der Binnenmarkt die Idealform des Gemeinsamen Marktes ist. So auch EuGH, Urt. v. 5.5.1982 – Rs. 15/81 (*Gaston Schul*), Slg. 1982, 1409 (1431 f, Rn. 33): „Der Begriff Gemeinsamer Markt – so wie ihn der Gerichtshof in ständiger Rechtsprechung herausgearbeitet hat – stellt ab auf die Beseitigung aller Hemmnisse im innergemeinschaftlichen Handel mit dem Ziel der Verschmelzung der nationalen Märkte zu einem einheitlichen Markt, dessen Bedingungen denjenigen eines wirklichen Binnenmarktes möglichst nahekommen.“

<sup>5</sup> Auch wenn der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWGV) den Versicherungsmarkt eher beiläufig in Art. 61 Abs. 2 erwähnte, bestand nie ein Zweifel daran, dass die in Art. 2 EWGV umrissene Aufgabe der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes sich auch auf die Versicherungswirtschaft bezog. *Roth*, *Internationales Versicherungsvertragsrecht* 651, Fn. 3.

<sup>6</sup> Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs (ABl. EWG Nr. 2/32); Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit (ABl. EWG Nr. 2/36).

<sup>7</sup> Siehe dazu *Hübner*, *Europäisches Recht und Versicherungswirtschaft*, in: FS Carstens 139 (139-141).

<sup>8</sup> Siehe zur Entwicklung des Versicherungsbinnenmarktes ausführlich *Basedow*, *Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag*, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (14-17); *ders.*, [2001] J.B.L. 569

Harmonisierung des Versicherungsaufsichtsrechts und vollzog sich im Wesentlichen in drei Phasen: In der ersten Phase wurden in den siebziger Jahren mit der ersten Richtliniengeneration<sup>9</sup> die maßgeblichen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit geschaffen. Die Bedingungen für die Aufnahme und die Ausübung der Versicherungstätigkeit in den Mitgliedstaaten wurden weitgehend angeglichen, indem die Zulassungsvoraussetzungen vereinheitlicht wurden. Die zweite Richtliniengeneration<sup>10</sup> in den achtziger Jahren diente in erster Linie der Verwirklichung der bis dahin vernachlässigten Dienstleistungsfreiheit. Sie brachte im Bereich der Schadensversicherung für die Versicherung von Großrisiken insbesondere das so genannte Herkunftslandprinzip, nach dem die Zulassung und Beaufsichtigung von Unternehmen in den Zuständigkeitsbereich des Herkunftslandes fällt, und das *single-license*-Prinzip, nach dem die Zulassung in einem Mitgliedstaat zur Ausübung der Versicherungstätigkeit in allen anderen Mitgliedstaaten ohne weitere Zulassung berechtigt. Daneben brachte die zweite Richtliniengeneration für den Bereich der Schaden- und der Lebensversicherung einheitliche Vorschriften für das internationale Versicherungsvertragsrecht. In der dritten Phase Anfang der neunziger Jahre wurde durch eine weitere Harmonisierung des Versicherungsaufsichtsrechts die in der zweiten Richtliniengeneration für die Versicherung von Großrisiken getroffenen Regelungen auf das gesamte Versicherungsgeschäft erstreckt und damit das Harmonisierungsprogramm zur Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes zu einem vorläufigen Abschluss gebracht<sup>11</sup>.

Neben der Harmonisierung des Versicherungsaufsichtsrechts strebte die Kommission als wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung des Versicherungs-

---

(570-573); *ders.*, (2001) 7 Conn.Ins.L.J. 495 (496-500); *Beckmann*, ZEuP 1999, 809-833; *von der Burg*, VW 1979, 36-40; *Eickhoff*, ZVersWiss 72 (1983) 1-19; *Hübner*, ZVersWiss 71 (1982) 221 (223-230); *ders.*, Europäisches Recht und Versicherungswirtschaft, FS Carstens 139 (141-144); *Hübner/Matusche-Beckmann*, EuZW 1995, 263 (263-269); *Matusche-Beckmann*, ERPL 4 (1996) 201 (204-213); *Müller*, Versicherungsbinnenmarkt 12-128; *Prölss/Armbrüster*, DZWir 1993, 398-404; *Roth*, NJW 1993, 3028 (3028-3030); *ders.*, RabelsZ 54 (1990) 65-138; *Schwintowski*, NJW 1987, 521-526.

<sup>9</sup> Erste Richtlinie 73/239/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) (ABl. EG 1973 Nr. L 228/3); Erste Richtlinie 79/267/EWG des Rates vom 5. März 1979 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Direktversicherung (Lebensversicherung) (ABl. EG 1979, Nr. L 63/1).

<sup>10</sup> Zweite Richtlinie 88/357/EWG des Rates vom 22. Juni 1988 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG (ABl. EG 1988, Nr. L 172/1).

<sup>11</sup> *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: Versicherungsrecht in Europa 13 (15).

binnenmarktes ursprünglich auch die Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts an<sup>12</sup>: Bereits 1961 beschloss sie in ihrem Allgemeinen Programm zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs, dass die Versicherungsvertragsrechte der Mitgliedstaaten anzugleichen seien, soweit die Verschiedenheit der Vorschriften zu Nachteilen für die Versicherten und für Dritte führe<sup>13</sup>. Entsprechend dieser Vorgabe begann die Kommission in den sechziger Jahren mit den Vorarbeiten für die Koordinierung des materiellen Versicherungsvertragsrechts, die ab 1965 in verschiedene Entwürfe zur Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts mündeten. Ein offizieller Vorschlag einer Richtlinie wurde dem Rat 1979 zugeleitet<sup>14</sup>. 1980 folgte nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses ein leicht geänderter Vorschlag<sup>15</sup>.

Im Mittelpunkt des Entwurfs stand die Harmonisierung der Verhaltenspflichten des Versicherungsnehmers, insbesondere die Harmonisierung der Pflichten, die den Versicherungsnehmer vor und nach Vertragsschluss sowie im Versicherungsfall treffen<sup>16</sup>. Im Einzelnen etablierte und regelte der Entwurf die Pflicht des Versicherungsnehmers, dem Versicherer vor Vertragsschluss alle gefahrerheblichen Umstände anzuzeigen und nach Vertragsschluss das Hinzutreten oder die Änderung entsprechender Umstände mitzuteilen<sup>17</sup>. Daneben erlegte er dem Versicherungsnehmer die Pflicht auf, bei Eintritt des Ver-

---

<sup>12</sup> Siehe ausführlich dazu *Beckmann*, ZEuP 1999 809-833; *Gärtner*, EWS 1994, 114-123; *Hübner*, Europäisches Recht und Versicherungswirtschaft, FS Carstens 139 (145-148); *Hübner/Matusche-Beckmann*, EuZW 1995, 263 (269-273); *Matusche-Beckmann*, ERPL 4 (1996), 201-219; *Pröls/Armbrüster*, DZWIR 1993, 449 (451-453); *Reiff*, VersR 1997, 267-273; *Steindorff*, ZHR 144 (1980), 447-483.

<sup>13</sup> Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs (ABl. EWG Nr. 2/32).

<sup>14</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (ABl. EG 1979 Nr. C 190/2).

<sup>15</sup> Änderung des Vorschlags für eine Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Versicherungsverträge (ABl. EG 1980 Nr. C 355/30). Der Anwendungsbereich des Entwurfs beschränkte sich nach Art. 1 auf die Tätigkeit der Direktversicherung mit Ausnahme der Lebens- und Krankenversicherungen sowie See-, Luftfahrt-, Transport-, Kautions- und Kreditversicherungen (ABl. EG 1980 Nr. C 355/30, 31-32). Siehe ausführlich zu dem Entwurf *Hübner*, ZVersWiss 71 (1982) 221 (232-255); *ders.*, Europäisches Recht und Versicherungswirtschaft, FS Carstens 139 (145-148); *Weigel*, VW 1981, 1165-1177.

<sup>16</sup> Nach Ansicht der Kommission gehörten die Verhaltenspflichten des Versicherungsnehmers zu den wesentlichsten Problemen des Versicherungsvertragsrechts, die als erstes der Harmonisierung bedurften. Änderung des Vorschlags für eine Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Versicherungsverträge (ABl. EG 1980 Nr. C 355/30, 31, 5. Erwägungsgrund).

<sup>17</sup> Art. 3 und 4 der Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Versicherungsverträge (ABl. EG 1980 Nr. C 355/30, 33-37).

sicherungsfalls alle Maßnahmen zur Abwendung oder Minderung des Schadens zu treffen und den Versicherungsfall anzuzeigen<sup>18</sup>. Abgesehen von den Verhaltenspflichten des Versicherungsnehmers enthielt der Entwurf Bestimmungen über die Folgen einer dauerhaften Risikoverminderung sowie der Nichtzahlung einer Prämie und regelte die Beendigung des Versicherungsvertrags sowie die Stellung von versicherten dritten Personen<sup>19</sup>.

Der Vorschlag wurde in der Folgezeit viel diskutiert und kritisiert, kam aber nie auch nur in die Nähe der Verabschiedung. Trotz wiederholter intensiver Bemühungen der Kommission konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Ein letzter Versuch, eine Einigung zu erreichen, erfolgte im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für die dritte Richtliniengeneration. Als auch dieser scheiterte, erklärte die Kommission, dass für die Verwirklichung des Binnenmarktes die Angleichung des Versicherungsvertragsrechts nicht notwendig sei<sup>20</sup>. Der Versuch, das Versicherungsvertragsrecht zu harmonisieren, wurde aufgegeben, der Richtlinienentwurf 1993 offiziell zurückgezogen<sup>21</sup>. Zwar hat die Kommission den Gedanken einer Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts in jüngster Zeit wieder aufgegriffen und in einer Mitteilung vom 11. Juli 2001 zur Diskussion über die Harmonisierung des Vertragsrechts im allgemeinen und des Versicherungsvertragsrechts im besonderen aufgerufen<sup>22</sup>. Trotzdem hat die Entwicklung des Versicherungsbinnenmarktes, abgesehen von wenigen Ausnahmen<sup>23</sup>, bisher nicht zur Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts geführt<sup>24</sup>.

---

<sup>18</sup> Art. 7 und 8 der Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Versicherungsverträge (ABl. EG 1980 Nr. C 355/30, 37-39).

<sup>19</sup> Art. 5, 6, 10 und 11 der Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Versicherungsverträge (ABl. EG 1980 Nr. C 355/30, 37-39).

<sup>20</sup> Siehe *Brittan*, VW 1990, 754 (759); *Müller*, Versicherungsbinnenmarkt, Rn. 87.

<sup>21</sup> ABl. EG 1993 Nr. C 228/4, 14.

<sup>22</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Europäischen Privatrecht, KOM (2001) 398. Siehe auch Grünbuch der Kommission über die Umwandlung des Übereinkommens von Rom aus dem Jahr 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht in ein Gemeinschaftsinstrument sowie über seine Aktualisierung, KOM (2002), 654, 15.

<sup>23</sup> Siehe dazu *Beckmann*, ZEuP 1999 809-833; *Hübner/Matusche-Beckmann*, EuZW 1995, 263 (269-270); *Pröls/Armbrüster*, DZWIR 1993, 449 (451-453); *Reiff*, VersR 1997, 267-273.

<sup>24</sup> *Gärtner*, EWS 1994, 114 (114); *Hübner/Matusche-Beckmann*, EuZW 1995, 263 (269); *Pröls/Armbrüster*, DZWIR 1993, 449 (451).

## II. Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes

### 1. Befund

Durch die drei Richtliniengenerationen im Bereich der Schadens- und Lebensversicherungen und deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten wurden die wesentlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit und damit für die Verwirklichung des europäischen Versicherungsmarktes geschaffen. Wirklichkeit wurde der Europäische Binnenmarkt für die Versicherungswirtschaft damit jedoch nicht<sup>25</sup>: Nach Angaben des statistischen Amtes der Europäischen Union (EUROSTAT) findet eine grenzüberschreitende Tätigkeit von Versicherungsunternehmen nur in einem zu vernachlässigenden Umfang statt. Trotz der Harmonisierung des Versicherungsaufsichtsrechts ziehen es die meisten europäischen Versicherungsunternehmen offensichtlich auch heute noch vor, im europäischen Ausland durch Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen zu agieren, statt direkt grenzüberschreitend tätig zu werden<sup>26</sup>.

### 2. Ursachen

Die Ursachen dafür, dass Versicherungsunternehmen trotz der weitgehenden Harmonisierung des Versicherungsaufsichtsrechts durch die drei Richtliniengenerationen nicht in nennenswertem Umfang grenzüberschreitend tätig werden, liegen nach heute überwiegender Ansicht zum einen in der mangelnden Harmonisierung des Versicherungsvertragsrecht und zum anderen in den Regelungen des internationalen Versicherungsvertragsrechts, die seit der zweiten Richtliniengeneration für alle Mitgliedstaaten einheitlich bestimmen, welches Recht auf Versicherungsverträge Anwendung findet<sup>27</sup>: Das gewählte Anknüpfungssystem läuft im Ergebnis darauf hinaus, dass für die Versicherung von Großrisiken die freie Rechtswahl uneingeschränkt möglich ist, während sie für die Versicherung aller anderen Risiken, den so genannten Massenrisiken,

---

<sup>25</sup> Siehe dazu auch *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (17); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (573); *ders.*, in (2001) 7 *Conn.Ins.L.J.* 495 (500); *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (4). Anderer Ansicht *Gärtner*, *EWS* 1994, 114 (122).

<sup>26</sup> Siehe dazu auch *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (17); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (573); *ders.*, in (2001) 7 *Conn.Ins.L.J.* 495 (500); *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (4); *Gärtner*, *EWS* 1994, 114 (120).

<sup>27</sup> *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (18); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (574); *ders.*, in (2001) 7 *Conn.Ins.L.J.* 495 (501); *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (4)

nahezu vollständig ausgeschlossen ist<sup>28</sup>. Das in Anbetracht der Unzulässigkeit von Rechtswahl auf die Versicherung von Massenrisiken anwendbare Recht bestimmt sich nach dem Ort der Risikobeleghenheit. Bei der Versicherung von Großrisiken ist das anwendbare Recht demgegenüber frei wählbar, mit der Folge dass Versicherungsunternehmen in allen Mitgliedstaaten einheitliche Versicherungsverträge anbieten können. Bei der Versicherung von Massenrisiken ist demgegenüber das Recht des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes des Versicherungsnehmers anwendbar. In Ermangelung harmonisierter oder vereinheitlichter versicherungsvertragsrechtlicher Regeln, müssen sich Versicherer demzufolge, um in allen Mitgliedstaaten Versicherungen anbieten zu können, auf derzeit 15 verschiedene Versicherungsvertragsrechte einstellen. Da dieser Aufwand in der Regel in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen steht, wird die Versicherung von Massenrisiken regelmäßig nur auf den jeweiligen nationalen Märkten der Mitgliedstaaten, nicht aber grenzüberschreitend europaweit angeboten<sup>29</sup>. Da das Konzept einer internationalprivatrechtlichen Lösung zur Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes damit, soweit es um die Versicherung von Massenrisiken geht, als gescheitert gelten muss<sup>30</sup>, steht die Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes für kleinere kommerzielle und Verbraucherrisiken damit immer noch auf der „Agenda der Gemeinschaft“<sup>31</sup>.

### 3. Perspektiven

Zur Verwirklichung des Versicherungsbinnenmarktes für Massenrisiken bieten sich vor diesem Hintergrund im Wesentlichen zwei Wege an: Ausdehnung der Rechtswahlfreiheit auf die Versicherung von Massenrisiken oder Angleichung

---

<sup>28</sup> Art. 7 der Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG (ABl. EG 1988, Nr. L 172/1). Zu den Regelungen im Einzelnen siehe *Hahn*, Kollisionsnormen für Versicherungsverträge 6-14; *Kramer*, Internationales Versicherungsvertragsrecht 132-297; *Mewes*, Internationales Versicherungsvertragsrecht 115-270; *Wandt*, Internationales Privatrecht der Versicherungsverträge 85 (90-94).

<sup>29</sup> *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (18); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (574); *ders.*, (2001) 7 Conn.Ins.L.J. 495 (501-502).

<sup>30</sup> *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (19); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (575); *ders.*, (2001) 7 Conn.Ins.L.J. 495 (502); *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (4); *Reichert-Facilides*, *Europäisches Versicherungsvertragsrecht?* in: *FS Drobnig* 119 (131); *ders.* *Gesetzgebung in Versicherungsvertragsrechtssachen*, in: *Versicherungsvertragsrecht in Europa* 1 (10).

<sup>31</sup> *Basedow*, *Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag*, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (19); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (575); *ders.*, (2001) 7 Conn.Ins.L.J. 495 (502).

des materiellen Versicherungsvertragsrechts<sup>32</sup>. Der zweite Weg wird aus Gründen des Verbraucherschutzes vom Wirtschafts- und Sozialausschuss und vom Schrifttum favorisiert<sup>33</sup>. Nachdem der Versuch, das materielle Versicherungsvertragsrecht anzugleichen, in den achtziger Jahren gescheitert ist, stellt sich allerdings die Frage, ob erneuten Harmonisierungsbestrebungen nicht das gleiche Schicksal bevorstünde. Da die Ursachen für das Scheitern der Harmonisierungsversuche in den siebziger und achtziger Jahren vielfältiger Natur waren<sup>34</sup>, lässt sich eine abschließende Bewertung kaum vornehmen. Da sich in den letzten zwanzig Jahren neben den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen verändert haben, die zum Scheitern der ersten Harmonisierungsversuche zumindest beigetragen haben<sup>35</sup>, besteht jedoch Grund für die Hoffnung, dass erneuten Versuchen, das materielle Versicherungsvertragsrecht zu harmonisieren, Erfolg beschieden sein könnte<sup>36</sup>.

Zunächst dürfte heute die enge Verflechtung des Versicherungsvertragsrechts mit dem allgemeinen Schuldrecht, die als einer der wichtigsten Gründe für das Scheitern der Angleichungsbestrebungen in den siebziger und achtziger Jahr genannt wird<sup>37</sup>, einer Harmonisierung des Versicherungsvertragsrecht nicht mehr entgegenstehen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die rechtliche Landschaft im Hinblick auf das Allgemeine Schuldrecht seit den ersten

<sup>32</sup> *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (20-22); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (576-577); *ders.*, (2001) 7 *Conn.Ins.L.J.* 495 (502-506); *Hübner*, *ZVersWiss* 71 (1982) 221 (229). Siehe zur Rechtegleichung in Europa allgemein *Großfeld/Bilda*, *ZfRV* 33 (1992) 421-433.

<sup>33</sup> Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die Verbraucher auf dem Versicherungsmarkt“ (ABl. EG 1998 Nr. C 95/72, 77 sub 2.1.9.); *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (22); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (577); *ders.*, (2001) 7 *Conn.Ins.L.J.* 495 (505); *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (4); *Beckmann*, *ZEuP* 1999, 809 (822); *Haeberlin*, *Versicherungsnehmerschutz* 203; *Hübner*, *ZVersWiss* 71 (1982) 221 (229-231); *ders.*, *ZVersWiss* 91 (2002), 87 (88-89); *Reichert-Facilides*, *Europäisches Versicherungsvertragsrecht?* in: *FS Drobnig* 119 (131-132); *Steindorff*, *ZHR* 144 (1980), 447 (450-455, 480); *Will*, *Prämienzahlungsverzug* 174. Anderer Ansicht *Michaels*, *Reformbedarf im Versicherungsrecht aus Sicht der Versicherungswirtschaft*, in: *Reformbedarf im Versicherungsrecht* 35 (38).

<sup>34</sup> Siehe dazu auch *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (4-5).

<sup>35</sup> Dazu ausführlich *Basedow*, *Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag*, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (22-25); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (578-581); *ders.*, (2001) 7 *Conn.Ins.L.J.* 495 (506-509).

<sup>36</sup> So auch *Basedow*, *Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag*, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (25); *ders.*, [2001] J.B.L. 569 (581); *ders.*, (2001) 7 *Conn.Ins.L.J.* 495 (509); *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (5). Anderer Ansicht *Michaels*, *Reformbedarf im Versicherungsrecht aus Sicht der Versicherungswirtschaft*, in: *Reformbedarf im Versicherungsrecht* 35 (38).

<sup>37</sup> *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (5); *Michaels*, *Reformbedarf im Versicherungsrecht aus Sicht der Versicherungswirtschaft*, in: *Reformbedarf im Versicherungsrecht* 35 (37-38).

Bestrebungen zur Angleichung des Versicherungsvertragsrechts in den siebziger und achtziger Jahren stark verändert hat<sup>38</sup>. Insbesondere die Verabschiedung der „Grundsätze des europäischen Vertragsrechts“ durch die Kommission um den dänischen Rechtswissenschaftler Ole Lando<sup>39</sup> und der „Grundsätze für internationale Handelsverträge“ durch das in Rom ansässige Institut zur Vereinheitlichung des Privatrechts (UNIDROIT)<sup>40</sup> zeigen Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Allgemeinen Schuldrechts, die es in dieser Form weder in den siebziger noch in den achtziger Jahren gab<sup>41</sup>. Auf sie gründet sich die Hoffnung, dass erneute Versuche zur Harmonisierung des Versicherungsvertrags nicht der engen Verflechtung mit dem Allgemeinen Schuldrecht zum Opfer fallen würden.

Daneben dürfte das materielle Versicherungsvertragsrecht heute im Zusammenhang mit der Vollendung des Versicherungsbinnenmarktes deutlich stärker im Blickpunkt des Interesses und der Aufmerksamkeit stehen als in den siebziger und achtziger Jahren. Denn spätestens als der EuGH im Jahre 1985 entschied, dass der Versicherungsbinnenmarkt bis 1992 zu verwirklichen sei<sup>42</sup>, verlor das Versicherungsvertragsrecht neben den anderen Gegenständen der Harmonisierung, die sich im Wesentlichen auf das Versicherungsaufsichtsrecht bezogen – Zulassung und Beaufsichtigung von Versicherungsunternehmen, Solvabilitätskontrolle, Anlagepolitik, Rückstellungen –, deutlich an Gewicht<sup>43</sup>. Mit der Umsetzung der dritten Richtliniengeneration sind diese Unterschiede in den Versicherungsaufsichtsrechten der Mitgliedstaaten jedoch so weitgehend beseitigt worden, dass nun anders als in den siebziger und achtziger Jahren die Harmonisierung des materiellen Versicherungsvertragsrechts als Mittel zur und Voraussetzung für die Vollendung des Versicherungsbinnenmarkts in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist.

Schließlich dürfte eine Harmonisierung des materiellen Versicherungsvertragsrechts nicht mehr wie in den siebziger und achtziger Jahren daran scheitern, dass es an umfassenden rechtsvergleichenden Vorarbeiten mangelt<sup>44</sup>.

---

<sup>38</sup> Basedow, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (23); ders., [2001] J.B.L. 569 (579-580); ders., (2001) 7 Conn.Ins.L.J. 495 (507-508). Anderer Ansicht Michaels, Reformbedarf im Versicherungsrecht aus Sicht der Versicherungswirtschaft, in: *Reformbedarf im Versicherungsrecht* 35 (38).

<sup>39</sup> Lando/Beale, *Principles of European Contract Law*, Den Haag/London/Boston 2000.

<sup>40</sup> UNIDROIT, *Principles of International Commercial Contracts*, Rom 1994.

<sup>41</sup> Basedow, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (24); ders., [2001] J.B.L. 569 (579); ders., (2001) 7 Conn.Ins.L.J. 495 (508-509).

<sup>42</sup> EuGH, Urt. v. 4.12.1986 – Rs. 205/84 (*Kommission J. Bundesrepublik Deutschland*), Slg. 1986, 3755.

<sup>43</sup> Basedow, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (22-23); ders., [2001] J.B.L. 569 (578-579); ders., (2001) 7 Conn.Ins.L.J. 495 (506-507).

<sup>44</sup> Basedow/Fock, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (5); Reichert-Facilides, *Europäisches Versicherungsvertragsrecht?* in: FS Drobnič 119 (129).

Denn während zum damaligen Zeitpunkt lediglich eine vergleichende Studie vorlag, die allgemein als nicht ausreichend eingestuft wurde<sup>45</sup>, gibt es mittlerweile eine umfassende rechtsvergleichende Studie zum Versicherungsvertragsrecht der einzelnen Mitgliedstaaten<sup>46</sup>. Diese Studie beschäftigt sich mit nahezu allen Aspekten des Versicherungsvertragsrechts vom Abschluss des Vertrags über die Durchführung des Vertrags bis hin zur Abwicklung des Versicherungsfalls und bietet damit, auch wenn sie aus der Natur der Sache heraus nicht abschließend und erschöpfend sein kann, einen geeigneten Ausgangspunkt für die im Rahmen der Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts erforderlichen Arbeiten.

Im Hinblick auf erneute Versuche, das Versicherungsvertragsrecht zu harmonisieren, dürfte sich vor diesem Hintergrund lediglich als problematisch darstellen, dass das Scheitern der ersten Harmonisierungsbestrebungen neben den genannten Ursachen immer wieder auf die angeblich großen Unterschiede der mitgliedstaatlichen Versicherungsvertragsrechte<sup>47</sup>, insbesondere zwischen dem englischen und dem kontinentaleuropäischen Recht im Hinblick auf die Ausgestaltung der vom Versicherungsnehmer zu erfüllenden Obliegenheiten zurückgeführt wird<sup>48</sup>. Die jetzt vorgelegte rechtsvergleichende Studie zum Versicherungsvertragsrecht der Mitgliedstaaten<sup>49</sup> widmet sich zwar auch den Obliegenheiten des Versicherungsnehmers und geht damit einen ersten Schritt auf dem Weg zur Beantwortung der Frage, ob die Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen tatsächlich so groß sind wie im Rahmen der ersten Harmonisierungsbestrebungen angenommen. Aufgrund des Umfangs der Studie und wegen ihres Anspruchs, die mitgliedstaatlichen Versicherungsvertragsrechte in ihrer Gesamtheit darzustellen und zu vergleichen, fehlt es allerdings an der Tiefe, die ein abschließendes Urteil über die Vergleichbarkeit der Rechtsordnungen im Hinblick auf die Ausgestaltung der Obliegenheiten des Versicherungsnehmers erlauben würde. Davon abgesehen besteht jedoch aufgrund der veränderten Umstände und Verhältnisse die begründete Hoffnung, dass erneute

---

<sup>45</sup> *Basedow*, Gesetzgebung zum Versicherungsvertrag, in: *Versicherungsrecht in Europa* 13 (16); *Basedow/Fock*, in: *Europäisches Versicherungsvertragsrecht* 1 (5); *Reichert-Facilides*, Europäisches Versicherungsvertragsrecht? in: *FS Drobnič* 119 (129).

<sup>46</sup> *Basedow/Fock (Hrsg.)*, *Europäisches Versicherungsvertragsrecht*, Tübingen 2002.

<sup>47</sup> *Kramer*, Internationales Versicherungsvertragsrecht 3; *Reichert-Facilides*, Rechtsvereinheitlichung oder Rechtsvielfalt? in: *Europa, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung* 155 (164-166); *ders.*, *Europäisches Versicherungsvertragsrecht?* in: *FS Drobnič* 119 (129).

<sup>48</sup> *Beckmann*, *ZEuP* 1999, 809 (820); *Hübner*, *ZVersWiss* 71 (1982), 221 (244-247) und *Hübner/Matusche-Beckmann*, *EuZW* 1995, 263 (263) im Hinblick auf die englischen *warranties*; *Matusche-Beckmann*, *ERPL* 4 (1996), 201 (203-204) im Hinblick auf die englische *duty of disclosure*; *Mewes*, *Internationales Versicherungsvertragsrecht* 5-10 im Hinblick auf die englischen *warranties*; *Prölss/Armbrüster*, *DZWiR* 1993, 449 (451); *Weigel*, *VW* 1981, 1165 (1174) im Hinblick auf die englischen *warranties*.

<sup>49</sup> Siehe oben Fn. 46.

## Sachverzeichnis

### Abgrenzung

- ~ von Obliegenheiten und Risikobeschreibungen 202 ff., 224 f., 242 f.

*Siehe auch* verhüllte Obliegenheiten

- ~ von warranties und clauses descriptive of the risk 177 f.

- ~ von warranties und exceptions 178 f.

### Abschluss des Versicherungsvertrags

*Siehe* Anzeigepflicht vor ~

### Abschlussagent 71 f.

### Abwendung von Schäden

*Siehe* duty to cut loss und Rettungspflicht

### Abwicklung des Versicherungsfalls

*Siehe* Anzeigepflicht nach Eintritt des Versicherungsfalls, Auskunftspflicht und Belegpflicht

### Actual inducement 57 ff., 85

### Additional premium clause 217

### Adverse selection 106

### Affirmative warranty 170 f., 175 f., 177

*Siehe auch* warranty

### Agent to know 46

### Alles-oder-Nichts-Prinzip 62, 65, 77, 100 f., 127 ff., 211 f., 262 f., 263, 300, 301 f., 314, 321, 333, 334 f., 336, 341, 342, 361

### All-or-nothing-approach 62

*Siehe auch* Alles-oder-Nichts-Prinzip

### Alter 70 f.,

### Änderung des Versicherungsvertrags

- Anspruch auf ~ 150 f., 156, 217, 233

- Anzeigepflicht bei ~

*Siehe* dort

### Anfechtung 76, 78, 87, 90, 99, 100 f., 102,

157, 158, 158 f., 218

### Anscheinsvollmacht 72

### Antidiskriminierungsgesetz

*Siehe* Gesetz zur Verhinderung von Diskriminierungen im Zivilrecht

### Antragsformular 49 f., 51, 53 f., 72, 97, 114, 172, 175 ff., 202, 224, 241

*Siehe auch* basis of the contract clause

- Fragen im ~ 40, 48, 52. f., 66, 71, 73 f., 74 f., 77 f., 81, 88, 89, 93, 96, 98, 100, 103, 109, 112 ff.

### Anzeige

- ~ erheblicher Umstände vor Abschluss des Versicherungsvertrags

*Siehe* Anzeigepflicht und duty of disclosure

- ~ erheblicher Umstände nach Abschluss des Versicherungsvertrags

*Siehe* Anzeigepflicht bei Änderung der Gefahrenlage und duty of disclosure

- ~ des Versicherungsfalls

*Siehe* Anzeigepflicht nach Eintritt des Versicherungsfalls und duty to give notice of loss

- mündliche ~

*Siehe* Form und Schriftform

- schriftliche ~

*Siehe* Form und Schriftform

### Anzeigepflicht

- bei Änderung der Gefahrenlage 159 ff., 164 ff., 219 ff., 234 ff.

- Entstehung 164 ff., 220, 235

- Form 166, 221, 237

- Frist 166 f., 221, 237 f.

- Gefahrerhöhungen 165 f.

- Gegenstand 165 f., 220, 236

- Kausalität 167 f., 221 f., 238 f.

- Leistungsfreiheit 168 f., 222

- Rechtsfolgen 168 f., 222, 239 f.

- Verschulden 167, 221, 238

- ~ bei Änderung des Versicherungsvertrags 149 ff., 155 ff., 216 ff., 233 f.

- Anspruch auf Änderung des Versicherungsvertrags 150 f., 156, 217, 233

- Auflösung des Versicherungsvertrags 159 f., 219, 234

- arglistige Täuschung 158, 158 f.

- Entstehung 156, 217, 233

- Form 157

- Frist 157

- Gegenstand 156 f., 217 f., 234

- Kausalität 158, 218 f., 234

- Kündigung 159

- Kündigungsfrist 159

- Rechtsfolgen 158 f., 219

- Rechtsfolgen bei schuldhafter Verletzung 158 f.
- Rechtsfolgen bei schuldloser Verletzung 159
- Verschulden 157 f.
- ~ bei Verlängerung des Versicherungsvertrags 52
- ~ bei Änderung des versicherten Risikos  
*Siehe ~ bei Änderung der Gefahrenlage*
- ~ nach Eintritt des Versicherungsfalls 295 ff., 337 ff., 352 ff.  
*Siehe auch duty to give notice of loss*
- Abgrenzung zur Auskunftspflicht 297
- Alles-oder-Nichts-Prinzip 299, 300, 301 f., 342
- Befreiung von der Leistungspflicht 301 f.
- Empfangszuständigkeit 297 f.
- Entstehung 295 ff., 338, 353
- Feuerversicherung 298, 339
- Form 297 f., 338 f., 354
- Frist 298 f., 339 f., 354 ff.
- Fristbeginn 340, 356
- Fristlänge 339, 354 ff.
- Gegenstand 297, 338, 354
- Haftpflichtversicherung 296, 297, 298, 339
- Hagelversicherung 298, 339
- Kausalität 299 f., 341 f., 358 f.
- Kennenmüssen 297
- Kenntnis des Versicherers 296 f., 338, 353 f.
- Kenntnis des Versicherungsnehmers 297, 338, 353
- Lebensversicherung 298, 339
- Leistungsfreiheit 301 f.
- Rechtsfolgen 301 f., 342 f., 360 ff.
- Relevanzrechtsprechung 300
- Schadensersatz 358 f.
- Treu und Glauben 301 f.
- Verschulden 299, 340 f., 356 ff.
- vorsätzliche Verletzung 360 f.
- Wissenszurechnung 296
- spontane ~ 47 f., 69 f., 95 f., 112 f.
- ~ vor Abschluss des Versicherungsvertrags 65 ff.  
*Siehe auch duty of disclosure*
- arglistige Täuschung 76, 78, 87, 90, 100 f., 102, 157, 158, 158 f.
- Alles-oder-Nichts-Prinzip 77
- Anfechtung 76, 78, 87, 90, 100 f., 102, 157, 158, 158 f.
- Auflösung des Versicherungsvertrags 76 ff.
- Bekannte Umstände 67 ff.
- Empfangszuständigkeit 71 f.
- Erhebliche Umstände 66 f.
- Erhöhung der Prämie 75, 78 f.
- Form 71 f.
- Frist 72 f.
- Fragen des Versicherers 66
- gefahrerhebliche Umstände 66 f.
- Gegenstand 66 ff., 87
- Kausalität zwischen Verletzung und Vertragsschluss 75, 90
- Kausalität zwischen Verletzung und Eintritt des Versicherungsfalls 75 f., 90
- Kennenmüssen 68
- Kenntnis des Versicherungsnehmers 67 f., 68
- Kenntnis des Vertreters 68 f.
- Kündigung 75, 78 f.
- Nachfrageobliegenheit 77 f., 96
- Nachmeldeobliegenheit 73, 89
- Rechtsfolgen 76 ff., 90 f.
- Rechtsfolgen bei schuldhafter Verletzung 76 ff., 90
- Rechtsfolgen bei schuldloser Verletzung 78 f., 90 f.
- Rücktritt 76 ff., 90
- Schadensersatz 63 f.
- Schadensersatzmodell 130 ff.
- Treu und Glauben 77 f.
- Umfang 69 ff.
- Verletzung 73 f., 88 f.
- Verschulden 74 f., 89 f.
- Wissenszurechnung 68 ff.
- Äquivalenz zwischen Leistung und Gegenleistung 69, 169, 223, 232, 236, 239, 240, 245
- Arglistige Täuschung 76, 78, 87, 90, 100 f., 102, 157, 158, 158 f., 322 ff., 327 ff., 348 ff., 367 f.
- Association of British Insurers 12, 18 ff., 28, 30, 50, 56, 62, 80, 84, 91, 92, 98, 103, 105, 143, 163, 177, 199, 215, 221, 228, 231, 340, 371
- Auflösung des Versicherungsvertrags 60 ff., 70 ff., 85 f., 98, 99, 100 f., 103, 104, 118, 123 ff., 129 ff., 136  
*Siehe auch avoidance, Kündigung und Rücktritt*
- Auge-und-Ohr-Rechtsprechung 33, 71 f.

- Außergerichtliche Streitbeilegung 23 ff., 34 f.  
 – ~ in England 23 ff.  
 – Insurance Ombudsman Bureau 23 ff.  
*Siehe auch dort*  
 – Personal Insurance Arbitration Service 25 f.  
 – Personal Investment Authority Ombudsman Service 26 f.  
 – Financial Ombudsman Service 27 ff.  
*Siehe auch dort*  
 – ~ in Deutschland 34 f.  
 – Versicherungsombudsmann 34 f.
- Auskunftspflicht 308 ff., 343 ff., 361 ff.  
*Siehe auch duty to give particulars of loss*  
 – Alles-oder-Nichts-Prinzip 313, 314  
 – Aufforderung durch den Versicherer 308 f.  
 – Auskunft durch Dritte 309 f.  
 – Belehrungspflicht 330, 334  
 – cheapest-cost-avoider 361  
 – Entstehung 308 ff., 344 f., 362 f.  
 – Form 312, 346, 365  
 – Frist 312, 346, 365  
 – Fragen des Versicherers 312, 345  
 – Gegenstand 310 f., 363 f.  
 – Kausalität 313, 347, 365 f.  
 – Kenntnis des Versicherers 309 f.  
 – Kenntnis des Versicherungsnehmers 308 f.  
 – Rechtsfolgen 313 f., 347 f., 366  
 – Relevanzrechtsprechung 313, 314  
 – Schadenanzeigenformular 312  
 – Umfang 311, 345 f., 364 f.  
 – Verschulden 312 f., 346 f., 365 f.
- Auslegung  
 – ~ einer Erklärung 81 ff.  
*Siehe auch duty not to misrepresent*  
 – ~ einer Vertragsbestimmung 172 ff.  
*Siehe auch warranty*
- Australien 130 ff.  
*Siehe auch Schadensersatzmodell*
- Avoidance 60 ff.  
*Siehe auch Auflösung des Versicherungsvertrags, Kündigung und Rücktritt*
- Awareness-test 40, 42 ff., 47, 59, 80, 151  
*Siehe auch duty of disclosure und duty not to misrepresent*
- Basis of the contract clause 53, 79, 172, 175 ff., 224, 241
- Behinderung 48, 70 f.
- Belegpflicht 318 ff., 348, 366 f.  
*Siehe auch duty to give proof of loss*  
 – Alles-oder-Nichts-Prinzip 321  
 – Entstehung 318 f.  
 – Frist 320  
 – Gegenstand 319 f.  
 – Kausalität 320 f.  
 – Leistungsfreiheit  
 – Rechtsfolgen 321  
 – Relevanzrechtsprechung 321  
 – Treu und Glauben 321  
 – Verschulden 320
- Belehrungspflicht 330, 334
- Beweislast 74 f., 89
- Binnenmarkt für Versicherungen  
*Siehe Versicherungsbinnenmarkt*
- Caveat emptor 39
- Cheapest-cost-avoider 107, 111, 112, 361 f.
- Clauses descriptive of the risk 177 f., 182  
*Siehe auch Abgrenzung von warranties und ~*
- Codes of Practice 20 ff., 33, 50 f., 56  
*Siehe auch General Insurance Standards Council*  
 – Einhaltung der ~ 21 f.  
 – Durchsetzung der ~ 21 f.
- Collateral promise 198, 200
- Collateral stipulations 198, 200
- Collateral terms 198, 200
- Commercial Code  
*Siehe Codes of Practice*
- Conditions 196 ff.  
 – Begriff 196 f.  
 – Allgemeines Vertragsrecht 196 f.  
 – Versicherungsvertragsrecht 197 f.  
 – collateral promise 198, 200  
 – collateral stipulations 198, 200  
 – collateral terms 198, 200  
 – conditions precedents 197 f.  
 – contingent conditions 197 f.  
 – Gegenstand 198 f.  
 – Kausalität 199  
 – procedural conditions 286, 293, 307 f.  
 – Rechtsfolgen 200  
 – suspensive conditions 197, 200  
 – Unfair Terms in Consumer Contracts Regulations 1999 199  
 – Verschulden 199
- Contra proferentem rule 174 f., 179  
*Siehe auch Unklarheitenregel*
- Corporate Governance Kodex 33 f.

- Decisive-influence-test 43  
*Siehe auch* duty of disclosure
- Dienstleistungsfreiheit 2, 3, 4, 6
- Disability Discrimination Act 1995 48, 96
- Disclosure  
*Siehe* duty of disclosure
- Doctrine of proximate cause 250, 252 f., 254, 267 f.
- Duldungsvollmacht 72
- Duty not to make fraudulent claims 322 ff.  
*Siehe auch* Unterlassen arglistiger Täuschungen
- Auflösung des Vertrags 325 ff.
  - duty of utmost good faith 322 f.
  - duty to give notice of loss 322, 349
  - duty to give particulars of loss 322, 349
  - duty to give proof of loss 322, 349
  - Gegenstand 323 f.
  - implied term 322 f.
  - Rechtsfolgen 325 ff.
  - Schadensersatz 327
  - tort of deceit 327
- Duty not to misrepresent 79 ff.  
*Siehe auch* Unterlassen falscher Erklärungen
- actual inducement 85
  - Auflösung des Versicherungsvertrags 85 f.
  - Auslegung 81 ff.
  - awareness-test 80
  - fraudulent misrepresentation 80
  - Gegenstand 80
  - Insurance Ombudsman Bureau 80
  - Kausalität zwischen Verletzung und Vertragsschluss 84 f.
  - Kausalität zwischen Verletzung und Eintritt des Versicherungsfalls 85
  - misrepresentation 80, 80 ff.
  - Misrepresentation Act 1967 86, 86 f.
  - prudent-insurer-test 80
  - Rechtsfolgen 85 ff.
  - Statements of Insurance Practice 80
  - Verletzung 80 ff.
  - Verhältnis zur duty of disclosure 79 f.
  - Verschulden 84
- Duty of disclosure 37 ff.  
*Siehe auch* vorvertragliche Anzeigepflicht
- agent to know 46
  - Codes of Practice 50 f., 56
  - awareness-test 40, 42 ff., 47, 59, 151
  - Common Law 39, 54 ff.
  - decisive-influence-test 43
  - Form 51
  - Frist 51 f.
  - Fragen des Versicherers 40, 84
  - fraudulent non-disclosure 55
  - Gegenstand 40 ff.  
*Siehe auch* awareness-test, decisive-influence-test, prudent-insurer-test und reasonable-insured-test
  - Insurance Ombudsman Bureau 42, 56
  - Kausalität zwischen Verletzung und Vertragsschluss 57 ff.  
*Siehe auch* actual inducement
  - Kausalität zwischen Verletzung und Eintritt des Versicherungsfalls 59 ff.  
*Siehe auch* nexus-test
  - Kenntnis des Versicherungsnehmers 44 f.
  - Kenntnis des Vertreters 45 f.
  - Law Commission 41 f., 49
  - National Consumer Council 41, 49 f.
  - material circumstances 40 ff.
  - non-disclosure 29, 52 ff., 55, 61
  - prudent-insurer-test 40 ff., 47, 59, 151
  - reasonable-insured-test 41 f., 80
  - Rechtsfolgen 60 ff.  
*Siehe auch* avoidance
  - Rechtsnatur 38 f.
  - Statements of Insurance Practice 41 f., 50, 56, 80, 84, 91, 92 f., 99, 103, 105
  - Umfang 47 ff.  
*Siehe auch* spontane Anzeigepflicht
  - Ursprung 38 f.
  - Verletzung 52 ff.
  - Verschulden 54 ff.
  - Verzicht 47 f.
- Duty of utmost good faith 38, 322 f., 327  
*Siehe auch* uberrima fides
- Duty to avert loss  
*Siehe* duty to cut loss und Rettungspflicht
- Duty to cut loss 249 ff.  
*Siehe auch* Rettungspflicht
- Befreiung von der Leistungspflicht 254
  - condition precedent 252 f.
  - doctrine of proximate cause 250, 252 f., 254
  - Entstehung 250 f.
  - Gegenstand 251 f.
  - implied term 255 f.
  - Kausalität 252 f.
  - Kostenerstattung 254 ff.
  - Leistungsfreiheit 254
  - Marine Insurance Act 1906 249 f., 251 f., 254 f., 257 f.

- Rechtsfolgen 254
- Rettungskosten 254 ff.
- Seeversicherung 249 f., 251 f., 254 f., 257 f.
- sue and labour clause 254 f.
- Verschulden 252 f.
- Duty to give notice of loss 285 ff., 349
  - Siehe auch* Anzeigepflicht nach Eintritt des Versicherungsfalls
  - Entstehung 286 f.
  - Form 287 f.
  - Frist 289 f.
  - Gegenstand 287 f.
  - Kausalität 292 f.
  - Rechtsfolgen 293 ff.
  - Verschulden 290 ff.
- Duty to give particulars of loss 302 ff., 349
  - Siehe auch* Auskunftspflicht nach Eintritt des Versicherungsfalls
  - Auskunft durch Dritte 304
  - duty not to make fraudulent claims 307
  - Entstehung 303 f.
  - Form 305
  - Frist 305
  - full particulars 304, 305
  - Gegenstand 304 f.
  - innominate terms 307, 308
  - Kausalität 307
  - Kenntnis des Versicherers 304
  - procedural conditions 307 f.
  - Rechtsfolgen 307 f.
  - Schadenanzeigenformular 306
  - Umfang 305 f.
  - Verschulden 307
- Duty to give proof of loss 314 ff., 349
  - Siehe auch* Belegpflicht
  - condition precedent 317, 317 f.
  - duty not to make fraudulent claims 317
  - Entstehung 315
  - Frist 316
  - Gegenstand 315
  - innominate terms 317, 318
  - Kausalität 317
  - Leistungsfreiheit 317 f.
  - proof required by the insurer 315
  - proof satisfactory to the insurer 315
  - Rechtsfolgen 317 f.
  - Umfang 316
  - Verschulden 317
- Duty to minimise loss
  - Siehe* duty to mitigate loss
- Duty to mitigate loss 267 ff.
- EG-Richtlinie
  - ~ über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen 199, 182 f., 205 f., 225 f., 241 f.
  - ~ zur Harmonisierung des Versicherungsvertragsrechts 4 f.
  - ~ zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Zivilrecht 70
  - Erste ~ Leben 3, 6
  - Erste ~ Schaden 3, 6
  - Zweite ~ Leben 3, 6
  - Zweite ~ Schaden 3, 6
  - Dritte ~ Leben 3, 6, 9
  - Dritte ~ Schaden 3, 6, 9
- Einfache Fahrlässigkeit
  - Siehe* Verschulden
- Empfangsvollmacht 51, 71 f., 97, 116 f.
- Empfangszuständigkeit 51, 71 f., 97, 116 f.
- Equity 39
- Erhebliche Umstände 40 ff., 66 f.
- Estoppel 194
- EuGH 2, 9
- Europäische Gemeinschaft 2, 7
- Europäische Kommission 2 ff.
- Europäische Union 6
- Europäischer Gerichtshof
  - Siehe* EuGH
- Europäischer Binnenmarkt
  - Siehe* Versicherungsbinnenmarkt
- EUROSTAT 6
- Exceptions 178 f., 182
  - Siehe auch* Abgrenzung von warranties und ~
- Exclusions
  - Siehe* exceptions
- Express warranty
  - Siehe* warranty
- Fahrlässigkeit
  - Siehe* Verschulden
- Fair and reasonable 24 f., 28
- Feuerversicherung 298, 329, 339
- Financial Ombudsman Service 23, 27 ff., 42, 56, 64 f., 105, 230, 371
  - Siehe auch* außergerichtliche Streitbeilegung
- Financial Services Authority 26, 27
- Financial Services and Markets Act 26, 27
- Form 51, 71 f., 97, 115 ff., 152, 157, 162, 166, 221, 237, 288 f., 297 f., 306, 338 f., 346, 354, 365

- Fragen des Versicherten 40, 48, 71, 73 f., 74 f., 77 f., 81, 88, 89, 93, 96, 98, 100, 103, 109, 112 ff., 138, 202, 224, 304, 311, 315, 345, 346, 365  
*Siehe auch* Vermutung der Erheblichkeit eines Umstandes
- Fraudulent claims  
*Siehe* duty not to make fraudulent claims
- Fraudulent misrepresentation 80  
*Siehe auch* duty not to misrepresent
- Fraudulent non-disclosure 55, 61
- Frist 51 f., 72, 97 f., 117 f., 152, 157, 162, 166 f., 221, 237 f., 289 f., 298 f., 306, 316, 320, 339 f., 346, 354 ff., 365
- Gefahraufrechnung 145
- Gefahrerhöhung 143 ff.  
*Siehe auch* Gefahrstandspflicht
- Begriff 143 ff.
  - Dauer der ~ 144 f.
  - gewollte ~ 143
  - objektive ~ 220
  - subjektive ~ 143
- Gefahrkompensation 146
- Gefahrstandspflicht 142 f., 143 ff., 213 ff., 231 ff.,  
*Siehe auch* Gefahrerhöhung
- Auflösung des Versicherungsvertragsrechts 147, 215 f.
  - Befreiung von der Leistungspflicht 147 f., 215 f.
  - Gegenstand 143 ff., 214
  - Kausalität 146 f., 215
  - Kündigung 147, 216
  - Kündigungsfrist 147
  - Leistungsfreiheit 147 f., 215 f.
  - Rechtsfolgen 147 f., 215 f.
  - Verschulden 146, 214 f.
- Gemeinsamer Markt 2
- General Insurance Standards Council 18, 20 ff., 42, 50 f., 56  
*Siehe auch* Codes of Practice des ~
- Geschlecht 48, 70 f.  
*Siehe auch* Sex Discrimination Act 1975
- Gesetz zur Verhinderung von Diskriminierungen im Zivilrecht 70 f., 96
- Good industry practice 24
- Grobe Fahrlässigkeit  
*Siehe* Verschulden
- Großrisiken 3, 6 f.  
*Siehe auch* Rechtswahl
- Haftpflichtversicherung 256, 259 f., 269, 296, 297, 298, 339
- Hagelversicherung 298, 339
- Harmonisierung
- ~ des Versicherungsaufsichtsrechts 3, 6  
*Siehe auch* Versicherungsaufsichtsrecht
  - ~ des Versicherungsvertragsrechts 3 ff., 8 ff.  
*Siehe auch* Versicherungsvertragsrecht
- Hautfarbe 48
- Held covered clause 217
- Herkunftslandprinzip 3
- Implied term 255 f., 322 f., 327
- Implied warranty 171 f.  
*Siehe auch* warranty
- Inhaltskontrolle 199, 182 f., 205 f., 225 f., 241 f.  
*Siehe auch* Unfair Terms in Consumer Contracts Regulations 1999
- Innominate terms 200 f., 294 f.
- fundamental breach 200 f., 294
  - minor breach 200 f., 294
  - substantial breach 200 f., 294
- Insurance Contracts Act 16
- Insurance Contracts Act 1984 133  
*Siehe auch* Australien und Schadensersatzmodell
- Insurance Ombudsman Bureau 12, 23 ff., 25, 34, 42, 56, 64 f., 91 f., 99, 101, 105, 128, 230, 371
- Kenntnis
- ~ des Versicherungsnehmers 44 f., 67 f., 68, 93 f.
  - ~ des Vertreters 45 f., 68 f., 94 f.  
*Siehe auch* agent to know
- Kennenmüssen 45, 68, 93 f., 96, 110 f., 137, 165, 167, 235, 296, 373
- Kommission zur Reform des Versicherungsvertragsrechts 35 f.
- Kostenerstattung  
*Siehe* duty to cut loss und Rettungspflicht
- Kündigung 75, 101, 130, 135, 139, 146, 147, 148, 158, 159, 208, 210, 211, 215, 218, 222, 229, 294, 329
- Kündigungsfrist 148, 158, 210
- Lando-Kommission 9
- Law Commission 16, 29 ff., 31, 41 f., 45, 49 f., 55 f., 59, 62, 172, 176, 177, 181, 188, 189, 193

- Lebensversicherung 3, 26, 52, 124, 189, 298, 339
- Life Officers Association 19 f.
- Lloyd's of London 19 f.
- Marine Insurance Act 1906 16, 38, 40 f., 43 f., 44 f., 57 f., 149 f., 155, 160 f., 171, 172, 183, 190 ff., 250, 251, 254, 257
- Massenrisiken 6 f., 7 f.  
*Siehe auch* Verbraucherrisiken
- Material circumstances 44, 46  
*Siehe auch* erhebliche Umstände
- Minderung von Schäden  
*Siehe* duty to mitigate loss und Rettungspflicht
- Misrepresentation 63, 80, 80 ff.  
*Siehe* Anzeigepflicht und duty not to misrepresent
- Misrepresentation Act 1967 63, 86, 86 f.
- Nachfrageobliegenheit 77 f., 96
- Nachmeldeobliegenheit 73, 89
- National Consumer Council 16, 31, 41, 49 f., 55, 62 f., 130, 176, 177, 188
- Nexus-test 59 f.
- Niederlassungsfreiheit 2, 3, 7
- Non-disclosure 29, 52 ff., 55, 61  
*Siehe auch* duty of disclosure
- Obliegenheiten
- Rechtsnatur 65
  - verhüllte ~ 202 ff.  
*Siehe auch* Abgrenzung von Obliegenheiten und Risikobeschreibungen
  - vertraglich vereinbarte ~ 201 ff., 222 ff., 240 ff.  
*Siehe auch* warranty
    - Abgrenzung von Risikobeschreibungen 202 ff., 224 f., 242
    - Alles-oder-Nichts-Prinzip 211 f.
    - Antragsformular 202, 224, 240 f.
    - Auflösung des Versicherungsvertrags 210, 229
    - Befreiung von der Leistungspflicht 210 ff., 229 f.
    - Begründung 202, 223 f., 240 f.
    - Form 202, 223 f., 240 f.
    - Gegenstand 205 f., 225 f., 241 f.
    - Inhaltskontrolle 205 f., 225 f., 241 f.
    - Kausalität 209 f., 228 f., 244 f.
    - Kündigung 208 f., 211 f., 229
    - Leistungsfreiheit 210 ff., 229 f.
    - Rechtsfolgen 210 ff., 229 f., 245
    - Repräsentant 207 f.
    - Repräsentantenhaftung 207 f.
    - Risikoverwaltung 207 f.
    - Schadensersatz 245
    - Treu und Glauben 211 f., 212 f.
    - Umfang 206 f., 227
    - Verletzung 207 f., 227, 243 f.
    - Verschulden 208 f., 227 f., 244
    - Vertragsverwaltung 208
    - Zurechnung von Handlungen 207 f., 227, 243 f.
- Ort der Risikobelegenheit 7  
*Siehe auch* Internationales Versicherungsvertragsrecht und Verbraucherrisiken
- Personal Insurance Arbitration Service 25 f.  
*Siehe auch* außergerichtliche Streitbeilegung
- Personal Investment Authority Ombudsman Service 26 f.  
*Siehe auch* außergerichtliche Streitbeilegung
- Prämie  
*Siehe* Versicherungsprämie
- Private Customer Code  
*Siehe* Codes of Practice
- Principle of proportionality 62  
*Siehe auch* Proportionalitätsprinzip
- Procedural conditions 286, 293, 307 f.  
*Siehe auch* conditions
- Proportionalitätsprinzip 62, 64 f., 128 ff.  
*Siehe auch* principle of proportionality
- Proximate cause  
*Siehe* doctrine of proximate cause
- Prudent-insurer-test 40 ff., 47, 59, 80, 151  
*Siehe auch* duty of disclosure und duty not to misrepresent
- Promissory warranty  
*Siehe* warranty
- Race Relations Act 1976 48, 96
- Rasse 48  
*Siehe auch* Race Relations Act 1976
- Reasonable-insured-test 41 f., 80
- Rechtswahl 6, 7 f.
- Rehabilitation of Offenders Act 1974 49, 151
- Relevanzrechtsprechung 33, 262 f., 300, 313, 330, 334 f., 341 f., 347, 349
- Religion 70 f.
- Repräsentant 207 f.

- Repräsentantenhaftung 207 f., 227  
*Siehe auch* Zurechnung von Handlungen
- Rettungskosten 254 ff., 264 ff., 271 f., 279 f.
- Rettungspflicht 258 ff., 268, 268 ff., 272 f., 274 ff.
- Alles-oder-Nichts-Prinzip 262, 263 f.
  - Befreiung von der Leistungspflicht 263, 271
  - Entstehung 258 ff., 269, 274 f.  
*Siehe auch* Vorerstreckungstheorie
  - Gegenstand 260 f., 269 f., 275 f.
  - Haftpflichtversicherung 259 f.
  - Kausalität 262 f., 270 f., 277 ff.
  - Kostenerstattung 264 ff., 271 f., 279 f.
  - Leistungsfreiheit 263
  - Rechtsfolgen 263 ff., 271 f., 279 f.
  - Relevanzrechtsprechung 262 f.
  - Rettungshandlung 260 f.
  - Rettungskosten 264 ff., 271 f., 279 f.
  - Sachversicherung 259
  - Schadensersatz 279
  - Treu und Glauben 261, 262
  - Verschulden 261 f., 270, 276 f.
  - Vorerstreckungstheorie 258 ff.
  - Weisungen des Versicherers 260 f., 270, 275 f.
- Richtlinie  
*Siehe* EG-Richtlinie
- Richtliniengeneration 3, 6
- Erste ~ 3, 6
  - Zweite ~ 3, 6
  - Dritte ~ 3, 6, 9
- Risikobeschreibung 202 ff.  
*Siehe auch* Abgrenzung von Obliegenheiten und Risikobeschreibungen
- Risikoverwaltung 207 f.
- Rückabwicklung 76 ff.
- Rückgewährschuldverhältnis 76 ff.
- Rücktritt 74, 76 ff., 89, 90 ff., 100 f., 158, 159, 216, 218, 229  
*Siehe auch* Auflösung des Versicherungsvertrags, avoidance und Kündigung
- Sachversicherung 258 ff., 269
- Schadensersatzmodell 130 ff.
- Schadensversicherung 3, 243, 255 f.,
- Seeverversicherung 16 f., 40, 44 f., 160, 171 f., 172, 173 f., 187, 190 ff., 202, 249 f., 251 f., 254 f., 257 f., 267, 269, 271  
*Siehe auch* Marine Insurance Act 1906
- Selbstregulierung 17 ff., 33 f.  
*Siehe auch* Selbstverpflichtung
- Selbstverpflichtung 17 ff., 33 f.  
*Siehe auch* Codes of Practice und Statements of Insurance Practice
- Sex Discrimination Act 1975 48, 96
- Sexuelle Identität 70 f.
- Single-license-Prinzip 3
- Spontane Anzeigepflicht 47 f., 69 f., 95 f., 112 f.
- Statements of Insurance Practice 12, 18 ff., 41 f., 50, 56, 80, 84, 91, 92 f., 99, 103, 105, 143, 153, 163 f., 177, 181, 188 f., 199, 215, 218, 221 f., 228 f., 229, 340, 371
- Durchsetzung der ~ 19 f.
  - Einhaltung der ~ 19 f.
- Statistisches Amt der Europäischen Union  
*Siehe* EUROSTAT
- Stellvertreter  
*Siehe* Vertreter
- Sue and labour clause 254 f.
- Tort of deceit 327
- Treu und Glauben 77 f., 100, 182, 205, 211 f., 212 f., 230, 261 ff., 300, 314, 321, 328, 330, 334, 336  
*Siehe auch* uberrima fides und utmost good faith
- Uberrima fides 38  
*Siehe auch* utmost good faith
- Umstände
- anzeigepflichtige ~ 40 ff., 66 ff.
  - bekannte ~ 67 ff.  
*Siehe auch* Kenntnis des Versicherungsnehmers und Kenntnis des Vertreters
  - erhebliche ~ 40 ff., 66 f.
  - gefahrerhebliche ~  
*Siehe* erhebliche ~
  - gefahrmindernde ~ 145 f.
  - unerhebliche ~ 136, 139
- Unfair Contract Terms Act 1977 17
- Unfair Terms in Consumer Contracts Regulations 1999 17, 182 f., 199
- Unklarheitenregel 206  
*Siehe auch* contra proferentem rule
- Unterlassen
- ~ arglistiger Täuschungen 327 ff., 348 ff., 367 f.  
*Siehe auch* duty not to make fraudulent claims
  - Gegenstand 328 f., 349 f.
  - Leistungsfreiheit 329 f., 350

- Relevanzrechtsprechung 330
- Rechtsfolgen 329 ff., 350
- Schadensersatz 331, 350
- ~ falscher Erklärungen 87 ff., 102 ff., 136 f.
- Siehe auch* duty not to misrepresent
- Gegenstand 87, 102 f.
- Kausalität zwischen Verletzung und Vertragsschluss 90, 104
- Kausalität zwischen Verletzung und Eintritt des Versicherungsfalls 90, 104
- Rechtsfolgen 90 f., 104
- Rücktritt 90 f.
- Verletzung 88 f., 103
- Verschulden 89 f., 103 f.
- ~ vorsätzlicher Täuschungen 367 f.
- Utmost good faith 38, 149 f., 154 f., 160 f., 288, 303, 322 ff., 351, 371
- Siehe auch* duty of utmost good faith und uberrima fides
  
- Verbraucherrisiken 7, 13, 113, 117, 241
- Siehe auch* Massenrisiken
- Verbraucherschutz 8, 17 ff., 23 ff., 29 ff., 32 ff., 180,
- Verbraucherverträge 12, 17 ff., 21, 23 ff., 29 ff., 42, 45, 65, 80, 84, 91, 92, 99, 105, 153, 182, 189, 205, 215, 229, 235, 242, 247, 368, 370, 373
- Siehe auch* Inhaltskontrolle
- Verhüllte Obliegenheiten 202 ff.
- Siehe auch* Abgrenzung von Obliegenheiten und Risikobeschreibungen
- Verlängerung des Versicherungsvertrags
- Siehe* Anzeigepflicht bei ~
- Vermeidung von Gefahrerhöhungen
- Siehe* Gefahrstandspflicht
- Vermeidung von Schäden
- Siehe* duty to cut loss und Rettungspflicht
- Vermeidung von Gefahrerhöhungen
- Siehe* Gefahrstandspflicht
- Vermittlungsagent 71 f.
- Vermutung der Erheblichkeit eines Umstandes 40, 66
- Verschulden
- Fahrlässigkeit 93, 102, 122, 209, 253, 262, 276, 300, 333, 334, 340 f.,
- einfache Fahrlässigkeit 74, 89, 276 f., 341
- grobe Fahrlässigkeit 145, 262 f., 265, 270, 271, 277, 283, 299, 300 f., 313, 314, 320 f., 333, 336, 341 f., 342 f., 347, 357,
- Vorsatz 64, 119 f., 122, 123, 126, 129 f., 133 f., 138, 139, 145, 201, 209, 252 f., 254, 262 f., 270, 271, 277, 278, 279, 283, 292, 295, 299, 300, 301, 307, 313, 314, 317, 320 f., 328, 330, 333, 334 f., 336, 341, 342 f., 346, 347, 348 f., 357, 359, 360 f., 367 f., 369, 370, 373
- Versicherungsagent 71 f.
- Versicherungsaufsichtsrecht 3, 9
- Versicherungsbinnenmarkt
- Entwicklung des ~s 2 ff.
- Verwirklichung des ~s 6 ff.
- Versicherungsfall
- Rettungspflicht
- Siehe* dort
- Anzeigepflicht nach Eintritt des ~s
- Siehe* dort
- Auskunftspflicht
- Siehe* dort
- Belegpflicht
- Siehe* dort
- Versicherungsmakler 71
- Versicherungsombudsman 34 f.
- Siehe auch* außergerichtliche Streitbeilegung
- Versicherungsprämie 5, 40, 55, 61 ff., 67, 75, 78, 79, 92, 101, 106, 115, 125, 128 ff., 135, 139, 141, 151, 156, 158, 169, 206, 211, 217, 218, 225 f., 232, 245, 358,
- Versicherungsvermittler 71 f.
- Versicherungsvertragsrecht
- Harmonisierung des ~s 33 ff., 8 ff.
- Internationales ~ 3
- Reform des ~
- ~ in England 29 ff.
- ~ in Deutschland 35 f.
- ~ in Deutschland 32 f.
- ~ in England 5 ff.
- Vertragsverwaltung 208
- Vertreter 45 f., 68 f., 94 f., 111, 116, 165, 167, 207, 289, 296
- Siehe auch* agent to know
- Vorerstreckungstheorie 258 ff.
- Siehe auch* Rettungspflicht
- Vorlage von Unterlagen
- Siehe* Belegpflicht und duty to give proof of loss
- Vorsatz
- Siehe* Verschulden

- Waiver 193 f.
- Warranty 170 ff.
- affirmative ~ 170 f., 175 ff., 181
  - Abgrenzung von clauses descriptive of the risk 177 f.
  - Abgrenzung von exceptions und exclusions 178 f.
  - Antragsformular 172, 175 ff.
  - Auslegung 172 ff., 183 ff.
  - basis of the contract clause 172, 175 ff., 241
  - Begriff 170 f.
  - Begründung 171 ff.
  - Common Law 175 ff., 187 f.
  - contra proferentem rule 174 f., 179
  - Erfüllbarkeit 184
  - Erheblichkeit 180 ff.
  - estoppel 194
  - exceptions 178 ff.
  - express ~ 172
  - Form 172
  - Gegenstand 179 ff.
  - implied ~ 171 f.
  - Inhaltskontrolle 182 f., 225 f.
  - Kausalität 187 ff.
  - Marine Insurance Act 1096 171 f., 172, 187, 190 ff.
  - promissory ~ 170 f., 175 ff.
  - Rechtsfolgen 190 ff.
  - Seeversicherung 171 f., 172, 187, 190 ff.
  - Statements of Insurance Practice 177, 188 f.
  - strict and exact compliance 185 f.
  - Umfang 183 ff.
  - Unfair Terms in Consumer Contracts Regulations 1999 182 f.
  - Verletzung 185 f.
  - Verschulden 186 f.
  - Waiver 193 f.
- Weltanschauung 70 f.
- Weisungen des Versicherers 260 f., 270, 275 f.
- Siehe auch* Rettungspflicht
- Wissenserklärungsvertreter 69, 95, 165
- Wissensvertreter 69, 165, 167, 296
- Wissenszurechnung 68 f.
- Siehe auch* agent to know und Auge-und-Ohr-Rechtsprechung
- Zurechnung
- ~ von Wissen 68 f.
  - ~ von Handlungen 207 f., 243 f.
- Siehe auch* Repräsentantenhaftung